

UNIVERSITÄTSZEITUNG

12

ORGAN DER SED-KRISLEITUNG



KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
16. 3. 1967
11.JG.33603
15 PFENNIG

„Je stärker der Aggressordrückt, um so stärker unsere Hilfe“

Die Medizinische Fakultät gab am Freitag ein Beispiel dafür, wie der Kampf des tapferen vietnamesischen Volkes den Universitätsangehörigen aus der Sicht ihres eigenen Arbeitsgebietes nahegebracht werden kann, wie dadurch in besonderer Weise die Verbundenheit mit den kämpfenden Patrioten und der Häß gegen den räuberischen Imperialismus vertieft werden können.

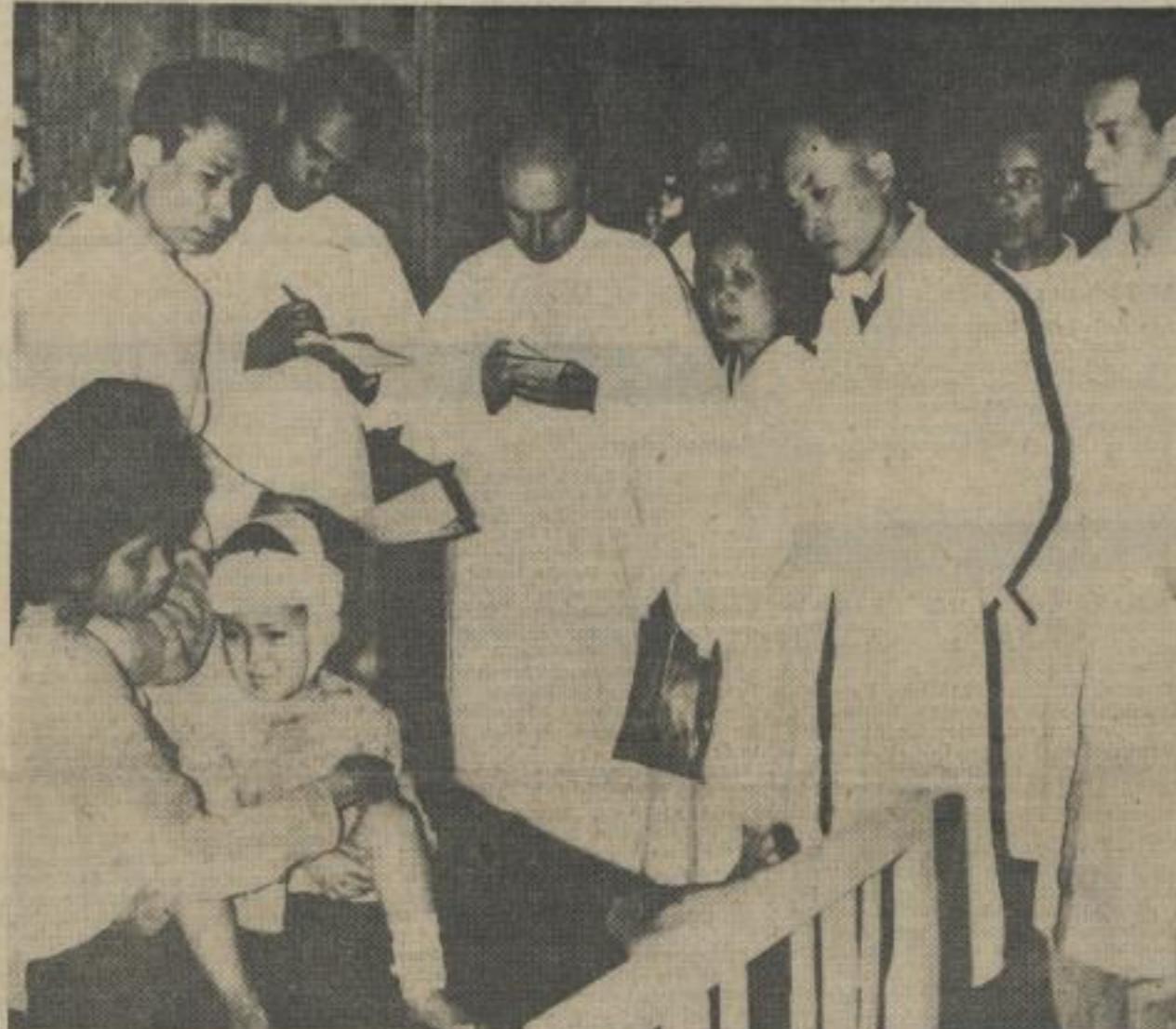
Gäste der Fakultät waren im überfüllten Hörsaal der Hautklinik Prof. Tran hui Tuoc, HNO-Spezialist und Mitglied der obersten Volkvertretung der DRV, und Dr. Dang due Trach.

Prof. Tran hui Tuoc gab einen ergriffenen Bericht über die Auswirkungen der imperialistischen Aggression auf das Gesundheitswesen der Demokratischen Republik Vietnam. Er teilte mit, daß bis zum 31. Dezember 1966 92 Einrichtungen des Gesundheitswesens in der DRV, darunter mehrere große Krankenhäuser durch Bombenangriffe der USA-Luftwaffe zerstört wurden. Die völlig abseits gelegene Leprahilanstalt von Quin Lap, in der etwa 2600 Kranke untergebracht waren, war trotz offizieller Proteste 39 mal Angriffsziel der Terrorflieger. 40 Flugzeuge bombardierten – das weithin sichtbare rote Kreuz missachtend – das Tbc-Krankenhaus Tan Hoa, eine Heilstätte mit über 600 Betten. An erschütternden Einzelgeschichten und Bild dokumenten enthüllte der vietnamesische Guest das Wesen imperialistischer Politik als zutiefst antihuman, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Diese Tatsachen und der Umstand, daß beispielsweise alle Provinzkrankenhäuser an einem Tag angegriffen wurden, widerlegen alle Lügen von Zufall und Versagen. Im Übrigen hat USA-Kriegsminister McNamara sich damit gebrüstet, daß das Territorium der DRV bis ins Detail genau fotografiert worden sei. Die Tatsachen beweisen, daß der barbarische Terror einzige das Ziel verfolgt, die Moral des vietnamesischen Volkes zu erschüttern. Professor Tran hui Tuoc aber konnte berichten, daß sein Volk ungebrochen seinen Kampf fortsetzt und sie auch auf dem Sektor der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung ein ständiger Aufschwung vollzieht. Er dankte für die Solidaritätsaktionen in Gestalt von Protesten, Geldspenden und Blutspenden an der Medizinischen Fakultät und hob den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus in Asien und Europa als internationale Verpflichtung hervor.

„Wir kämpfen an Ihrer Seite“, antwortete ihm Dekan Professor Dr. Braun. „Je stärker der Aggressor drückt, um so stärker wird unsere Hilfe werden.“

Die Veranstaltung regt andere Fakultäten an, ebenfalls von ihrem Fachgebiet her die Unterstützung des antimperialistischen Kampfes in Vietnam, die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, noch stärker zum tiefeingefundenen persönlichen Anliegen jedes einzelnen zu machen. Eventuell erwachsen daraus auch Vorstellungen darüber, mit welchen speziellen Beiträgen dem vietnamesischen Volk am besten praktische Hilfe erwiesen werden kann.



Mitglieder einer Untersuchungsgruppe des von Lord Bertrand Russell ins Leben gerufenen internationalen Gerichtshofes bei Opfern des Bomberterror der USA auf die Demokratische Republik Vietnam. Die Gruppe, die auf Einladung des Vietnamesischen Komitees zur Untersuchung der amerikanischen Kriegsverbrechen im Januar dieses Jahres ihre Tätigkeit in Vietnam aufnahm, steht unter der Leitung von Prof. Dr. Behar von der Medizinischen Fakultät der Pariser Sorbonne. Eine weitere Gruppe unter der Leitung des französischen Rechtsanwaltes Matarasso beschäftigte u. a.

Wohnviertel, Schulen und Krankenhäuser, die von amerikanischen Bomben vernichtet wurden. Leon Matarasso erklärte auf einer Pressekonferenz, es sei besonders erschütternd gewesen zu sehen, daß die USA-Aggressoren beim Einsatz ihrer Waffen vor keinem Experiment und vor keiner Brutalität zurückstehen. Das bewies auch Prof. Tran hui Tuoc, indem er den Veranstaltungsteilnehmern an der Medizinischen Fakultät eine der Kugelbomben zeigte, die die Aggressoren in ihrem brutalen Kampf gegen die Zivilbevölkerung anwendeten.

Foto: Zentralbild/VNA

Organ der Partei für alle an der Universität

Am 19. März 1957 erschien als erstes von der Parteileitung einer Hochschule in der DDR herausgegebenes Presseorgan die erste Ausgabe unserer „Universitätszeitung“. Wenn wir in diesen zehn Jahren einen festen Platz im Leben der Parteiorganisation und der ganzen Universität erworben haben, so ist dies nicht mehr recht vorstellbar erscheint, daß wir durch sie ermöglichte Kommunikation mehr erreichen könnten – dann spricht das den Weitblick ihrer Gründer wie auch ihr stetiges Wachstum mit dem Wachstum an den gestellten Aufgaben.

Jedes Jahr an der Universität zu besiedeln, Wissenschaftler und Studenten, Arbeiter und Angestellte mitzunehmen, ihr Interesse für unsern Arbeitern und Bewohnern für das Vorbild des zukünftigen demokratischen Staates und den Sozialstaat zu geben.“ So heißt es im Leitartikel aus jenen Jahren als wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe. Die Zeitung trug in diesem Jahr zur Entwicklung der Karl-Marx-Universität und damit zur Stärkung des sozialistischen Staates bei. Sie hat den Universitätsangehörigen die Ziele der Partei zu erklären, sie mit den Aufgaben der Partei vertraut zu machen sowie Beispiele für die aktiven Verwicklungen dieser Politik zu vertreten. Zugleich mußte sie von Beginn an ein Organ schöpferischer Diskussion, ist sie Parteiorgan, wie

Friedrich Engels beantwortete einmal die Frage, was die Presse der Partei zu tun hat, mit den Worten: „Zu diskutieren vor allen Dingen, die Forderungen der Partei zu begründen, zu entwickeln, zu verteidigen, die Ansprüche und Behauptungen der Gegenpartei zurückzuweisen und zu widerlegen.“

Die ständige Erhöhung des Niveaus der redaktionellen Arbeit ist aber nur die eine Seite bei der Bewältigung dieses Aufgaben, die ständig an Komplexität und Differenziertheit gewachsen. Die andere Seite ist die Verantwortung der gesamten Parteiorganisation, jeder Leitung und jedes einzelnen Genossen für das Niveau der Zeitung und ihre Wirksamkeit an der Universität, wozu natürlich auch ihre Verbreitung zu rechnen ist.

Viele Genossen werden dieser Verantwortung bereits in hohem Maße gerecht, indem sie ihre Mitwirkung an der Gestaltung der Zeitung als selbstverständliche Pflicht auffassen, indem sie sich Gedanken über den Inhalt ihrer Zeitung machen, um Vorschläge unterbreiten und ihre Mitarbeit anbieten. Noch zu sagen ist es der Foll, daß eine Parteiteilung ein in der Zeitung aufgeworfenes Problem aufgegriffen und dazu eine öffentliche Auseinandersetzung in den Spalten der „Universitätszeitung“ organisiert hätte oder gar aus eigenem Antrieb mit ihren Erfahrungen und Problemen von allgemeiner Bedeutung öffentliche Diskussionen angeregt hätte.

Einige Genossen meinen, es wäre nützlicher, solche Auseinandersetzungen der politischen Arbeit, der Entwicklung der Lehre, der Forschung, des kulturellen Lebens usw. im Sinne der Politik der Partei konsequent aufzuwerfen und kontinuierlich vorzutragen. Wir sind der Auffassung, daß der lebendige, offene und vorwärtsdringende Meinungsstreit, wie er charakteristisch ist für die gesamte Parteidiskussion in der Vorbereitung des VII. Parteitages, stärker das Gesicht der Zeitung prägen muß.

Wahr ist sicherlich, daß wir uns bei allen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit die Frage zu beantworten haben, ob sie uns verantworten oder von unseren Aufgaben



abhalten und schaden. Fest steht aber, daß uns Verzicht auf offene Diskussionen zu Problemen von allgemeiner Bedeutung auf jeden Fall schadet und uns eine Berichterstattung lediglich über Reportage nicht halb soviel nützt wie eine schärfere öffentliche Beurteilung der Parteiorganisation und aller Universitätsangehörigen über offene Fragen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang an eine Bemerkung Lenins aus dem Jahre 1922 erinnern: „Das schlimmste bei uns ist, daß die Presse von allgemeinen Erörterungen und politischem Wettgepresse schont, während die örtlichen Erfahrungen völlig unzureichend studiert werden... Man fürchtet sich, die schmutzige Wäsche vor allen Leuten zu waschen, man fürchtet die nackte Wahrheit und drückt sich um sie herum, indem man in höheren Regionen flüchtet und billige Gemeinplätze verzopft...“

Es bedarf unseres Erachtens starker gemeinsamer Anstrengungen von Redaktion und gesamter Parteiorganisation, um die „Universitätszeitung“, auf den bisherigen Fortschritten aufbauend, so weiterzuentwickeln, wie es die Entschließung der SED-Kreisdelegiertenkonferenz fordert. Dafür heißt es u. a.: „Es ist Aufgabe aller Parteileitungen und aller Genossen an der Universität, die Zeitung für die massenpolitische Arbeit wirtschaftlich zu nutzen und die Erfahrungen der Genossen aus allen Bereichen und die Probleme ihrer Arbeit für die gesamte Parteiorganisation zugänglich zu machen bzw. zur Diskussion zu stellen. Voraussetzung dafür ist, daß jeder Genosse das Organ der SED-Kreisleitung ablehnt.“

Wir meinen: Wenn alle Parteileitungen und alle Genossen die „Universitätszeitung“ in diesem Sinne zu ihrem ständigen Arbeitsinstrument machen, dann werden sie auch die Probleme in ihrem eigenen Bereich schneller und wirklicher lösen können. Dazu gehört, daß vor allem stärker die erfahrenen Genossen zur Behandlung grundsätzlicher Fragen die Feder ergreifen. Dazu gehört aber auch, immer mehr parteilose Universitätsangehörige dafür zu gewinnen, daß sie sich Probleme ihrer Arbeit und unserer Politik in der Zeitung üben. Obwohl gerade im letzten Jahr – nicht zuletzt durch die Bildung der FDJ-Redaktion – Fortschritte in der ehrenamtlichen Mitarbeit an der Zeitung zu verzeichnen sind, muß die UZ in noch weit größeres Maße von ihren Lesern selbst gestaltet werden, wenn sie ihre Aufgabe als Organ der Partei für alle Universitätsangehörigen voll gerecht werden will. Mit diesen Wünschen und Vorsetzen geben wir ins neue Jahrzehnt.

Giinter Griepold